

(Abg. Dr. Zöphel.)

- (A) tatsächlich dem Übelstande abgeholfen werden kann. Denn das gebe ich zu: der § 153 schützt nicht jede Koalitionsfreiheit und schützt vor allen Dingen nicht die Freiheit, sich zu entschließen, einer Organisation nicht beizutreten. Und das ist von entscheidender Bedeutung. Es ist ja heute so, daß man die Arbeiter schützen muß in dem Entschlusse, einer Organisation nicht beizutreten

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Und das wesentliche Hindernis, meine Herren, daß der Ausbau des Koalitionsrechtes bisher nicht erfolgt ist, sage ich, liegt in der Sozialdemokratie und deren Mitteln. Deshalb ist die Sozialdemokratie tatsächlich ein Hemmnis und Hindernis für die Gesetzgebung in deren Wesen und Handhabung.

(Unruhe und Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Wir glauben, daß der Ausbau der Gesetzgebung nur erfolgen kann in der Gestalt einer allgemeinen Sicherung der Koalitionsfreiheit und der bürgerlichen Ordnung ohne bestimmte Tendenz gegen bestimmte Gruppen. Es muß ebenso der Mittelstand geschützt sein wie der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber gegen diese Auswüchse,

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

- (B) und es muß Aufgabe der allgemeinen Gesetzgebung und der strafrechtlichen Gesetzgebung sein, dem Bürger die Freiheit zu garantieren, er mag angehören, welcher Klasse er immer will

(Sehr gut! bei den Nationalliberalen.)

Wir müssen deshalb jedes Ausnahmegesetz ablehnen und die Argumentationen des Herrn Abg. Heldt, die er gegen den Herrn Abg. Bleyer unternommen hat, gehen deshalb ganz daneben.

(Abg. Hettner: Sehr richtig!)

Wir wollen die Entschließungsfreiheit des Staatsbürgers schützen und wahren nach jeder Richtung und in jeder Lage seines Lebens und nur die Auswüchse bekämpfen, die allerdings von beiden Seiten zu beobachten sind. Daß darüber ein Meinungsaustausch angemessen ist, halten wir selbst für richtig, und wir werden nicht widersprechen, wenn diese Sache in die Gesetzgebungsdeputation eingeführt wird. Wir vermögen aber nicht dahin zu folgen, daß etwa eine Sondergesetzgebung, daß eine Ausnahme-gesetzgebung eingeführt wird, sondern wir wollen auf dem Gebiete der allgemeinen Gesetzgebung die Sicherheit gewinnen und glauben sie auf diesem Gebiete so zu ge-

winnen, wie sie unser inneres Leben augenblicklich tatsächlich nötig hat

(Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Präsident: Ehe ich das Wort weiter gebe, möchte ich eine geschäftliche Angelegenheit erledigen. Die Tagesordnung für die nächste Sitzung muß bis abends 10 Uhr in den Händen der Königl. Staatsregierung sein. Ich bin deshalb genötigt, schon jetzt die Tagesordnung zu verkünden. Wir werden dann in der Debatte fortfahren. Die nächste Sitzung beraume ich an für morgen, Dienstag, den 12. Dezember 1911, vormittags 10 Uhr, und setze auf die Tagesordnung:

Interpellation der Abgg. Mitschke (Leutisch), Dr. Zöphel und Genossen, die Wirkungen des Modernisteneides auf das sächsische Schulwesen und das jüngste päpstliche Motu proprio betreffend. (Drucksache Nr. 44.)

Die Kammer ist mit dieser Tagesordnung einverstanden.

Das Wort hat der Herr Abg. Sindermann.

Abg. **Sindermann:** Meine Herren! Der Herr Staatsminister betonte eingangs seiner Beantwortung der Interpellation, daß mein Freund Heldt eine Volksrede gehalten habe. Nun weiß ich absolut nicht, ob das irgendwie ein Verbrechen ist, überhaupt eine Volksrede zu halten. Ich stehe vielmehr auf dem Standpunkte, daß es für manchen Minister und Geheimrat vielleicht sehr gut wäre, wenn sie sich die Volksreden draußen im Lande einmal anhörten, und ich habe es schon manchmal bedauert, daß die Vertreter der Königl. Staatsregierung überall hingehen, um Reverenzen zu erweisen, Ansprachen halten bei den Organisationen auf dem Gebiete der Landwirtschaft, dann wieder auf dem Gebiete des Handels, auf dem Gebiete der Industrie, kurz und gut, auf den verschiedensten öffentlichen Gebieten den Organisationen ihre Aufwartung machen, aber niemals dorthin kommen, wo sie wirklich aus dem Volke lernen und danach das Volk beurteilen können. Es wäre jedenfalls sehr gut gewesen, wenn in diesem Sommer, als der große deutsche Gewerkschaftskongreß in Dresden tagte, der über 2 Millionen Arbeiter vertritt, die Königl. Staatsregierung dort vertreten gewesen wäre und sich um die Fragen, die auf diesem Kongreß verhandelt worden sind, auch etwas bekümmert hätte. Dann würde manches von dem, was heute von den Ministerbänken gesprochen wurde, in Zukunft ungesprochen bleiben.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)